

Marianne Kneuer

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), *Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitglieder*, Nomos, Baden-Baden 2002, 25 Euro.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und durch die kriegerischen Konflikte auf dem Balkan war sowohl die Einsicht als auch der Wille der Mitgliedsstaaten gewachsen, dass Europa auch außenpolitisch ein Profil gewinnen musste, dass das Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Riesen- und politischem Zwergendasein beseitigt werden sollte. Dazu wurde im Vertrag von Maastricht die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als dritte, intergouvernemental geregelte Säule der Europäischen Union geschaffen.

Wie aber sieht der Stand der GASP aus, insbesondere nach dem Gipfel von Nizza im Dezember 2000? Und welche Positionen nehmen die Mit-

gliedsstaaten dabei ein, welche Konzepte haben sie? Diese Fragen analysiert gründlich der von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet herausgegebene Sammelband. Die Würzburger Politikwissenschaftlerin hat dazu sechs Experten aus den untersuchten Ländern versammelt. Deren Aufsätze, der einleitende Beitrag der Herausgeberin selbst zum Entscheidungssystem der GASP nach Nizza und die abschließende Analyse des Nizza-Gipfels, bilden ein komplettes Bild von Stand und Perspektiven der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Die gut durchdachte Länderauswahl (Frankreich, Großbritannien, Deutschland als die „Großen“, Niederlande als eines der wichtigen Benelux-Staaten, Italien als Teil der Südachse und Gründungsmitglied und – sehr wichtig – die bündnisfreien und neutralen Länder) trägt zur verständnis-erweiternden Differenzierung bei. Es werden die außen- und sicherheitspolitischen Interessen- und

Zwangslagen der einzelnen Länder deutlich, die aber wiederum gleichzeitig eng damit zusammenhängen, welches Konzept ein Staat von Europa hat: so etwa Frankreich und Großbritannien, für die Europa seit Entstehen eigentlich nur auf der Basis von Zusammenarbeit funktionieren sollte und die so wenig Vergemeinschaftung wie möglich wollen; Deutschland, das immer auf der Seite der Supranationalität steht; und von besonderer Brisanz: die bündnisfreien und neutralen Länder, die in einem Dilemma stecken, denn sie haben die sich entwickelnde militärische Zusammenarbeit der EU-Staaten akzeptiert.

Nun ist die Bilanz der GASP, wie der Beitrag des Europäischen Korrespondenten des Auswärtigen Amtes belegt, nicht glänzend: Das in Amsterdam neu geschaffene Instrument der Gemeinsamen Strategie etwa hat die Hoffnungen nicht erfüllt. Auch die konstruktive Enthaltung ist bisher noch nie genutzt worden. Es

war der Ansatz gewesen, Durchführungsbestimmungen mit qualifizierter Mehrheit zu fassen, was aber faktisch nur in marginalen Fragen geschehen ist (siehe Gemeinsame Strategie Russland). Nizza hat keinen Fortschritt gebracht in Bezug auf stärkere Beteiligung der Kommission und des Europäischen Parlaments an der GASP. Auch wurde zwar die verstärkte Zusammenarbeit für die GASP übernommen, aber nicht für militärische oder verteidigungspolitische Fragen. Dafür ist endlich das Politische Komitee als Forum der Politischen Direktoren ersetzt worden durch eine in Brüssel angesiedelte und damit kontinuierlich arbeitende Einheit, die bei Operationen des Krisenmanagements Entscheidungsbefugnisse übertragen bekommen kann.

Betrachtet man die Fortschritte im Bereich der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP), kann man ob der „normalen europäischen Langsamkeit“ freilich nur staunen: Vom Beschluss der ESVP auf dem Gipfel in Köln 1999 bis zur Festlegung der Strukturen in Nizza bewegte sich die EU mit „Lichtgeschwindigkeit“ (Javier Solana). Die EU hat sich damit, wie Müller-Brandeck-Bocquet konstatiert, „die lange vermissten sicherheitspoliti-

schen Handlungskapazitäten geschaffen“, die die EU „zu effektiver und fruchtbarer Krisenbewältigung befähigen werden“.

Die Beiträge des Sammelbandes bieten eine komplette und differenzierte Darstellung der europäischen Außenpolitik. Interessant ist durch die verschiedenen nationalen Perspektiven die Beurteilung ihrer künftigen Ausgestaltung. Einhellig ist der Schluss, dass Nizza auch in der GASP den Ministerrat gegenüber der Kommission gestärkt hat und damit „zumindest relativ die Idee supranationaler Integration“ (Rudolf G. Adam) geschwächt wurde. Unbestritten ist auch, dass der Aufschwung der GASP und der ESVP die intergouvernementalen Strukturen innerhalb der EU stärkt. Das wiederum nährt die Befürchtung, dass dies zu einem „Roll-back“-Effekt führen könnte, der den supranationalen Charakter der EU angreifen könnte. Richtig ist freilich auch der Hinweis – nicht von ungefähr im britischen Beitrag –, dass in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft der Intergouvernementalismus oft ein nützlicher Beginn war für einen Prozess, der am Ende in der Abgabe von Souveränitäten endete. Eine „integration by stealth“ oder „creeping in-

tegration“ („heimliche Integration“ oder „schleichende Integration“) sei dazu angetan, dass die Regierungen ihr Gesicht gegenüber der Bevölkerung wahren könnten. Zugleich würden aber Regierungen, die nach der intergouvernementalen Methode verfahren, gewöhnlich die Logik unvorhergesehener Konsequenzen, die Eigendynamik solcher Anfangsentscheidungen unterschätzen. Diese Ambivalenz wird auch von den anderen Autoren betont: Zwar sei durch die Bedingungen der ESVP die Vergemeinschaftung der GASP in weite Ferne gerückt, allerdings seien auch neue integrationsdynamische Strukturen in das GASP- und ESVP-Entscheidungssystem eingebaut worden – insbesondere das Politische und Sicherheitspolitische Komitee.

Die EU also als Gebilde sui generis mit einer Integrationsdynamik sui generis. Nichtsdestotrotz ist die Renationalisierungstendenz, die vor und während des Nizza-Gipfels augenfällig wurde, ebenso wenig von der Hand zu weisen wie die Gefahr eines Abfärbens des strikten Intergouvernementalismus der ESVP auf die GASP und die Supranationalität der gesamten Unionspolitik. Es muss sich daher zeigen, inwieweit

die von der Herausgeberin festgestellte neue „GASP-Governance-Methode“ – intergouvernementale Kompetenzen bei gleichzeitiger Verlagerung einer „europäisierten“ Politikformulierung und Implementierung nach Brüssel – sich als quasi dritter Weg verfestigen kann. Eine ganz andere Frage

lautet, wie die internationale Rolle der EU bewertet werden kann. Nizza hat die Strukturen der ESVP festgelegt und neue für die GASP geschaffen, aber, so Adam, die EU braucht ein strategisches Konzept darüber, wo, wie und unter welchen Umständen sie einschreiten soll. Dabei geht es nicht

um eine Konkurrenz zur NATO. Gerade das breite Spektrum der EU – von zivilem Krisenmanagement bis zum Militäreinsatz und danach Wiederaufbau und Restabilisierung (siehe den Balkan-Stabilitätspakt) – ist der größte Vorteil der EU, auf den auch die NATO bauen kann.

Karlspreis 2003 für Giscard d'Estaing

„Der Präsident des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, erhält 2003 den Internationalen Karlspreis zu Aachen. Das teilte das Karlspreis-Direktorium in Aachen mit. Die Auszeichnung werde der ehemalige französische Staatspräsident am 29. Mai im Krönungssaal des Aachener Rathauses entgegennehmen.

Mit der Verleihung werde die historische Aufgabe Giscard und des Konvents gewürdigt, eine europäische Verfassung auszuarbeiten, hieß es zur Begründung. Mit dem Karlspreis ehre das Direktorium ‚einen großen Staatsmann und Europäer, der sich über viele Jahrzehnte in unterschiedlichen Funktionen um das vereinte Europa verdient gemacht hat‘. Der Preis solle auch ein Zeichen für die Hoffnung sein, dass die deutsch-französische Partnerschaft der Motor des europäischen Integrationsprozesses bleibe.

Der 76-jährige Giscard gehörte mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt Ende der siebziger Jahre zu den Wegbereitern der europäischen Währung. Sie stellten die Weichen für den ECU, der dann – sehr zu Giscard's Leidwesen – in Euro umgetauft wurde. Seit zehn Monaten steht Giscard an der Spitze des Europäischen Konvents. Das Gremium berät über die Grundlagen umfassender EU-Reformen mit dem Ziel, die Europäische Union bürgernäher und effizienter zu gestalten. Dazu gehört auch das Projekt einer europäischen Verfassung.

Der Karlspreis gilt als einer der bedeutendsten europäischen Preise. Er wird seit 1950 an Persönlichkeiten und Institutionen verliehen, die sich um die Einigung Europas verdient gemacht haben. Zuletzt hatte mit dem Euro zum ersten Mal ein Gegenstand die Auszeichnung erhalten.“

Tagesschau am 14. Dezember 2002